

Rede des Gouverneurs bei der Pressekonferenz anlässlich der Generalversammlung der OeNB am 31. Mai 2007

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Sie herzlich zur diesjährigen Pressekonferenz anlässlich der Generalversammlung der OeNB begrüßen. Der Geschäftsbericht 2006 der OeNB, der zentralbankrelevante wirtschaftliche Entwicklungen und den Jahresabschluss der OeNB enthält, liegt Ihnen gemeinsam mit unserer Wissensbilanz 2006 und der Umwelterklärung 2006 vor und kann auch - in deutscher und englischer Fassung - auf unserer Homepage (www.oenb.at) abgerufen werden.

Das höhere, aber im historischen Vergleich noch immer moderate Zinsniveau verbesserte – trotz des deutlichen Wertverlustes des US-Dollar gegenüber dem Euro – die Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Zentralbanken des Eurosystems (*Grafik 1*). Die OeNB erbrachte in einem konjunkturell aufgehellten, aber dennoch nicht einfachen Umfeld eine ähnlich gute Betriebsleistung wie 2005 (*Grafik 2*). Das geschäftliche Ergebnis 2006 beträgt vor Rückstellungsdotierung zur Absicherung von Marktrisiken 428 Mio EUR (2005: 496 Mio EUR). Allerdings erforderte die Abdeckung des finanziellen Risikos die Dotierung der Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken, sodass für das Geschäftsjahr 2006 ein um beinahe zwei Drittel niedrigeres geschäftliches Ergebnis vor Steuern als im Vorjahr ausgewiesen wird. Es beläuft sich auf 193 Mio EUR.

Bei längerfristiger Betrachtung ist im Hinblick auf die Gewinnentwicklung jedoch hervorzuheben, dass gesetzliche Änderungen Ende der Neunzigerjahre die Rahmenbedingungen für die OeNB entscheidend verändert haben. Dementsprechend waren bzw. sind einerseits zur Abdeckung von Bewertungsverlusten bei Fremdwährung Reserven heranzuziehen und andererseits bei Verkäufen von Gold Reserven aufzulösen. Diese Entwicklung wird dadurch verschärft, dass die geänderten gesetzlichen Regelungen einen Reserven Aufbau de facto nicht ermöglichen. Dies ist insbesondere auf zwei Faktoren der NBG-Novelle 1998 zurückzuführen: Erstens die Erhöhung des Gewinnanteils des Bundes von rund 67% auf 90% des versteuerten geschäftlichen Ergebnisses nach Dotierung des allgemeinen Reservefonds seit dem Jahresabschluss 1997 und zweitens dem Wegfall der gesetzlichen Zuführung von 10% zum allgemeinen Reservefonds ab 1999. Aus diesen Gründen sind dem Ertragspotenzial und der Risikotragfähigkeit der Bank Grenzen gesetzt (*Grafik 3*).

So sind die Eigenmittel der OeNB - bei steigender monetärer Basis (Banknotenumlauf und Girokonten) und inklusive des Abgangs von 1,5 Mrd EUR an die FTE-Stiftung - seit 1999 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen.

Mit Blick auf die Zukunft ist es daher erforderlich, den Aufbau von Reserven sicherzustellen, wie das auch bei den anderen Zentralbanken des Euroraumes der Fall ist. Denn ausreichende Finanzressourcen sind Voraussetzung dafür, dass die OeNB auch weiterhin auf der Grundlage der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) ihre Zentralbankaufgaben erfüllen kann. Dementsprechend ist daher – im Gleichklang mit den anderen Zentralbanken des Eurosystems – auf eine adäquate Entwicklung der Eigenmittel zu achten, um auch weiterhin die Risikotragfähigkeit der Bank zu sichern. Denn eine angemessene Eigenmittelausstattung der nationalen Zentralbanken ist eine wichtige Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit des gesamten Eurosystems.

Diesen passivseitigen Bilanzwerten stehen aktivseitige Veranlagungsbestände gegenüber. Die OeNB hat seit Beginn der Währungsunion bewusst Währungsreserven, die in Gold und Fremdwährungen gehalten wurden, in Euro-Aktiva umgeschichtet (*Grafik 4*). Dadurch konnten Wechselkursgewinne realisiert bzw. potenzielle Abschreibungserfordernisse reduziert werden.

Das erfolgreiche Währungsreservenmanagement der OeNB berücksichtigt insbesondere auch Risikoaspekte. Daher wurde in den letzten Jahren insbesondere der US-Dollar-Bestand der OeNB reduziert. Sämtliche Transaktionen fanden auf Basis der vom EZB-Rat festgelegten Modalitäten statt.

Gemäß **Jahresabschluss 2006** wuchs die Bilanzsumme der OeNB um 7 Mrd EUR oder 15% auf 53,4 Mrd EUR. Dies ist vor allem auf die höheren Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems zurückzuführen.

Bei den Aktiva umfasst der Goldbestand 289 t mit einem Marktwert von 4,5 Mrd EUR. Die OeNB hat im Geschäftsjahr 2006 im Rahmen des Goldabkommens fast 14 t Gold verkauft und Kursgewinne realisiert. Der Wert des Goldbestandes hat sich aber insgesamt um etwa 0,3 Mrd EUR erhöht, weil der Anstieg des Goldpreises die Goldverkäufe mehr als ausglich. Seit Beginn der Neunzigerjahre hat die OeNB ihren Goldbestand auf weniger als die Hälfte verringert. Er entspricht - gemessen an den gesamten Goldreserven des Eurosystems - nunmehr in etwa dem Kapitalanteil der OeNB im Eurosystem (*Grafik 5*). Darüber hinaus wurde - auch im Vergleich zu anderen nationalen Zentralbanken - schon früh damit begonnen, die Goldreserven ertragbringend zu nutzen. Der Goldbestand der OeNB wird zu ca. zwei Dritteln insbesondere in Termineinlagen ertragbringend angelegt.

Die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems haben um 7 Mrd EUR oder 80% auf 15,7 Mrd EUR zugenommen. Dies war einerseits auf die kräftige Zunahme des gesamten Banknotenumlaufs und andererseits auf die unterschiedliche Verteilung der Euro-Banknoten im Eurosystem zurückzuführen.

Im Rahmen der Passiva stieg der Banknotenumlauf um 1,7 Mrd EUR oder 11% auf 16,8 Mrd EUR.

Die Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten nahmen um 5,5 Mrd EUR oder 35% auf 21,2 Mrd EUR zu. Dies resultiert vor allem aus dem Saldo im Zahlungsverkehrssystem TARGET.

Im Rahmen der Passiva ist die Entwicklung der Risikovorsorgen von besonderer Bedeutung. Zur Absicherung der aus der Entwicklung der Fremdwährungskurse, der Zinsen und des Goldpreises resultierenden Risiken ist auf der Grundlage von Risikomodellberechnungen Vorsorge zu treffen. Das gesamte finanzielle Risiko der Bank liegt unverändert bei 3,5 Mrd EUR, wobei sich aber die Risikoverteilung leicht verschoben hat (*Grafik 6*).

Fremdwährungs- und Zinsänderungsrisiken haben abgenommen, während sich das Goldpreisrisiko aufgrund des gestiegenen Goldpreises erhöht hat. Das mittels „Value at risk“-Modellen gemessene Risiko der Bank ist durch Risikovorsorgen voll gedeckt, wobei aber zur Risikoabdeckung die Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken mit 235 Mio EUR dotiert werden musste (*Grafik 6*). Dies war deshalb erforderlich, weil Ausgleichsposten aus Neubewertung vor allem aufgrund der Abnahme der Reserve aus valutarischen Kursdifferenzen insbesondere infolge der Goldverkäufe nur in geringerem Ausmaß zur Risikoabdeckung herangezogen werden konnten.

Insgesamt sind die Rücklagen der Bank, deren Schwerpunkt die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken bildet, gegenüber dem Geschäftsjahr 2005 mit 4,1 Mrd EUR unverändert.

Ergänzend darf ich zur Bilanz anmerken, dass es - aufgrund der mit 1. Jänner 2007 erfolgten EU-Beitritte Rumäniens und Bulgariens und der damit verbundenen Teilnahme ihrer Zentralbanken am ESZB sowie der Euro-Einführung in Slowenien und der Teilnahme der Slowenischen Zentralbank am Eurosystem - nach dem Bilanzstichtag zu Anpassungen bei den Kapitalanteilen der OeNB an der EZB kam. Der Anteil der OeNB am gezeichneten Kapital der EZB verringerte sich von 2,08% auf 2,0159% ebenso wie auch der Anteil am voll eingezahlten Kapital von 2,9095% auf 2,9002%.

Die **Gewinn- und Verlustrechnung** der OeNB prägten im Jahr 2006 folgende Entwicklungen:

Die Nettoerträge haben sich um 294 Mio EUR oder 40% auf 437 Mio EUR verringert (*Grafik 7*). Dies ist - wie bereits erwähnt - vor allem auf das Erfordernis der Zuführung zur Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken zurückzuführen. Die wichtigste Ertragskomponente sind die Zinserträge. Das Nettozinsergebnis hat um 116 Mio EUR oder 26% auf 568 Mio EUR zugenommen (*Grafik 7*). Dies spiegelt neben dem gestiegenen Zinsniveau auch die stärkere Inanspruchnahme der Refinanzierung durch die Kreditinstitute wider.

Eine weitere bedeutende Quelle für den Zentralbankgewinn sind die realisierten Kursgewinne aus Gold-, Fremdwährungs- und Wertpapiertransaktionen. Aus diesen Transaktionen wurde ein um ein Drittel unter dem des Vorjahres liegendes Nettoergebnis in der Höhe von 145 Mio EUR erwirtschaftet, wozu vor allem die Goldverkäufe beigetragen haben. Demgegenüber waren aufgrund des Kursrückgangs bei Fremdwährungen und Wertpapieren nach den Bilanzierungsregeln Abschreibungen auf Finanzanlagen von 149 Mio EUR vorzunehmen (2005: 44 Mio EUR). Unter Berücksichtigung der Zuführung zur Rückstellung für allgemeine Währungsrisiken ergibt sich ein negatives Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen in der Höhe von 175 Mio EUR (2005: 182 Mio EUR) (*Grafik 7*).

Die Erträge aus Beteiligungen betragen 25 Mio EUR (2005: 68 Mio EUR). Die deutlich höheren Beteiligungserträge des Geschäftsjahres 2005 waren im Wesentlichen auf den Erlös aus dem Verkauf der Beteiligung an der Austrian Payment Systems Services (APSS) GmbH zurückzuführen.

Die Aufwendungen blieben im Jahr 2006 mit insgesamt 244 Mio EUR gegenüber dem Vorjahr beinahe unverändert (2005: 243 Mio EUR). Innerhalb der Ausgabenstruktur ist es aber zu Verschiebungen gekommen (*Grafik 8*).

Die Personalaufwendungen nahmen um 10 Mio EUR oder 10% auf 115 Mio EUR zu (*Grafik 8*). Dieser Anstieg liegt in gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen begründet, wie etwa Dotierungen von Rückstellungen für Abfertigungen und Verpflichtungen aus der Pensionskassenregelung. Der Gehaltsaufwand selbst hat sich aber im Wesentlichen nur um die kollektivvertraglichen Gehaltsanpassungen auf 86 Mio EUR (2005: 83 Mio EUR) erhöht.

Seit dem Jahr 2002 kam es zu einer Erhöhung des nominellen, also nicht um die Inflation bereinigten, Gehaltsaufwandes um lediglich 4%. Real ist der Gehaltsaufwand daher um etwas über 3% zurückgegangen.

Die für die Fachbereiche der Bank im Jahresdurchschnitt tätigen Mitarbeiterressourcen sanken im Jahr 2006 gegenüber 2005 um 3% von 963 auf 935 (*Grafik 9*). Gemessen am Personalstand zu Jahresultimo verringerte sich der Personalstand von 948 (31. Dezember 2005) auf 932 (31. Dezember 2006).

Die Sachaufwendungen konnten im Jahr 2006 durch die Nutzung von Einsparungspotenzialen erneut markant um 8 Mio EUR oder 10% auf 77 Mio EUR gesenkt werden (*Grafik 10*). Damit wurden die Sachausgaben seit dem Jahr 2002 (100 Mio EUR) um fast ein Viertel (inflationbereinigt um etwa ein Drittel) verringert.

Für den Ankauf von Euro-Banknoten musste aufgrund der weiter steigenden Nachfrage nach Euro-Banknoten mit 25 Mio EUR um etwa die Hälfte mehr als im Vorjahr aufgewandt werden.

Die Sonstigen Aufwendungen von 13 Mio EUR resultierten fast zur Gänze aus der Zuwendung an die FTE-Nationalstiftung, die die OeNB im Sinne der Kontinuität ihrer Forschungsförderung geleistet hat (2005: 21 Mio EUR).

Das **geschäftliche Ergebnis** beträgt wie bereits erwähnt 193 Mio EUR. Die Rendite aus der Eigenveranlagung in Euro und in Fremdwährung betrug unter Berücksichtigung der realisierten Nettokursresultate 3,3 % (2005: 4%). (Anm: Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf ein negatives realisiertes Ergebnis, insbesondere bei den Wertpapieren zurückzuführen).

Der **Bund erhält** mit 178 Mio EUR rund 92% des Geschäftsergebnisses 2006, wovon 48 Mio EUR auf die Körperschaftsteuer und 130 Mio EUR auf den 90-prozentigen Gewinnanteil nach Steuern entfallen (*Grafik 11*).

Der **Bilanzgewinn** wird mit 14,4 Mio EUR ausgewiesen. Die heutige Generalversammlung hat beschlossen, davon 1,2 Mio EUR für die Ausschüttung der 10-prozentigen Höchstdividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR zu verwenden, der Leopold Museum-Privatstiftung - auf der Grundlage eines zwischen der OeNB und dieser Stiftung im Jahr 1994 geschlossenen Förderungsvertrages - 4,5 Mio EUR als weiteren Beitrag zur Verfügung zu stellen sowie den Rest von 8,7 Mio EUR dem Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft zuzuweisen.

Ich darf jetzt noch einige Anmerkungen zur wirtschaftlichen Lage machen. Nachdem das reale Wachstum der **Weltwirtschaft** im Jahr 2006 mit 5,4% kräftig anzog, signalisiert die jüngste Prognose vom IWF vom April 2007 ein Anhalten der weltweit robusten Konjunktur.

Das Wirtschaftswachstum dürfte heuer und auch im Jahr 2008 wieder knapp 5% betragen. In den einzelnen Regionen hält die dynamische Entwicklung an - allerdings mit einer Einschränkung für die USA, wo eine Wachstumsverlangsamung erwartet wird. Im 1. Quartal 2007 hat sich die Zunahme des realen amerikanischen BIP mit annualisiert 1,3% bereits deutlich eingebremst.

Im **Euroraum** setzte im Jahr 2006 ein kräftiger Aufschwung ein, der heuer und nächstes Jahr anhalten dürfte. Die jüngsten Indikatoren und Umfrageergebnisse bestätigen, dass sich das Wirtschaftswachstum des Vorjahres im 1. Quartal 2007 fortgesetzt hat und nach wie vor solide und breit angelegt ist. Laut Eurostat stieg das reale BIP im Euroraum im 1. Quartal 2007 um 0,6% im Vorquartalsvergleich bzw. um 3,1% gegenüber demselben Vorjahresquartal.

Die mittelfristigen Aussichten internationaler Prognoseinstitute - wie IWF oder Europäische Kommission - gehen von einem Wachstum für heuer und 2008 um die 2½% aus (*Grafik 12*). Diese Wachstumsraten liegen auch innerhalb der Korridorprognosen der EZB vom März 2007. Die außenwirtschaftlich guten Bedingungen stützen weiterhin die Exporte des Euroraums. Auch der Konsum dürfte im Einklang mit der Entwicklung des verfügbaren Realeinkommens, das zunehmend vom guten Beschäftigungswachstum und von der sich verbessernden Arbeitsmarktlage gestützt wird, weiter steigen. Unterstützt durch eine längere Phase günstiger Finanzierungsbedingungen, durch Bilanzrestrukturierungen, kräftige Unternehmenserträge sowie Effizienzsteigerungen auf Unternehmensebene kann dies auch von der Investitionsseite erwartet werden.

Konjunkturelle Abwärtsrisiken bestehen vor allem aufgrund eines möglichen erneuten Anstiegs des Ölpreises, internationaler Ungleichgewichte sowie eines verstärkten Protektionismus.

Die Inflationsrate schwankte im Euroraum in den ersten vier Monaten 2007 zwischen 1,8% und 1,9%. Im April 2007 lag sie bei 1,9%. Für das gesamte Jahr erwarten die rezenten Prognosen eine Inflationsrate von knapp unter oder wie im Falle der IWF-Prognose von genau 2% (*Grafik 13*), allerdings mit Aufwärtsrisiken behaftet. Diese betreffen die steigende Kapazitätsauslastung der Wirtschaft des Euroraums, mögliche weitere Ölpreiserhöhungen sowie weitere Erhöhungen der administrierten Preise und indirekten Steuern wie auch - angesichts der in den vergangenen Quartalen beobachteten günstigen Dynamik der Arbeitsmärkte - höhere Lohnanpassungen. Auch von monetärer Seite bestehen durch ein starkes Geldmengenwachstum und die kräftige Ausweitung der Kredite Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität. Große Wachsamkeit ist geboten, um sicherzustellen, dass die Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht nicht zum Tragen kommen. Daher ist mit Blick auf die Zukunft entschlossenes und rechtzeitiges Handeln zur Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht geboten.

Nach insgesamt sechs Zinsschritten zwischen Jänner 2006 und März 2007 zu je 25 Basispunkte um insgesamt 150 Basispunkte beträgt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte derzeit 3,75% (*Grafik 14*).

Auch für **Österreich** sind – nach dem Wirtschaftswachstum von 3,2% im Jahr 2006 – die Konjunkturperspektiven für heuer und das Jahr 2008 gut (*Grafik 15*). Die vorliegenden nationalen und internationalen Prognosen erwarten das Wirtschaftswachstum für 2007 um rund 3% und für 2008 um rund 2½%. Im 1. Quartal 2007 legte die Volkswirtschaft um 0,8% im Vorquartalsvergleich bzw. um 3,2% im Vergleich zum 1. Quartal 2006 zu.

Die HVPI-Inflationsrate blieb in Österreich in den ersten vier Monaten 2007 unter 2% (April 2007: 1,7%), was den rezenten Prognosen zufolge auch für das Gesamtjahr erwartet wird (*Grafik 16*). Auch im Jahr 2008 wird aus heutiger Sicht mit einer ähnlichen Inflationsrate gerechnet.

Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten nahm zwischen Jänner und April 2007 in Österreich um über 2% zu und liegt damit so hoch wie zuletzt 1990/1991 (*Grafik 17*). Für 2007 – und auch 2008 – sind die Prognosen daher einhellig optimistisch: Die Arbeitslosenquote gemäß EU-Definition dürfte nur knapp über 4% betragen.

Mit Blick auf das Doppelbudget der österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2007/2008 sind vor allem die darin vorgesehenen Investitionen in Zukunftsbereiche wie Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur sowie die Weiterführung von Strukturreformen positiv hervorzuheben. Insbesondere zu begrüßen ist die Fortführung des stabilitätsorientierten Kurses und die erneut bekräftigte Absicht, einen über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, wobei auch der Rückführung der Gesamtverschuldung unter 60% besondere Bedeutung zukommt.

Die Erreichung der nunmehr geplanten Defizitquoten von 0,9 % bzw. 0,7 % (*Grafik 18*) des BIP für die Budgetjahre 2007 und 2008 basiert auf einer weiterhin sehr günstigen Konjunktorentwicklung in Österreich, welche u.a. auch auf den Erfolg bisheriger Reformen zurückzuführen ist. Jedoch erscheint mir gerade im Hinblick auf die günstige wirtschaftliche Lage das Tempo der Defizitreduktion eher moderat. Daher sollten im Budgetvollzug alle konjunkturellen Möglichkeiten zu einer beschleunigten Budgetkonsolidierung genutzt werden und damit das Ziel eines ausgeglichenen Budgets konsequent verfolgt werden. Der erforderlichen Fortsetzung der begonnenen Verwaltungsreform kommt hierbei besondere Bedeutung zu. Ganz besonders zu begrüßen ist die bereits seit längerer Zeit geplante, aber nun hoffentlich vor der baldigen Gesetzwerdung stehende Einführung einer mittelfristigen, mehrjährigen Budgetplanung inklusive der Festlegung von Ausgabenobergrenzen. Die Erfahrung in anderen Ländern hat gezeigt, dass dies ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung und dauerhaften Erhaltung einer stabilitätsorientierten und nachhaltigen Budgetpolitik sein kann.

Entsprechend seiner Zusagen im Rahmen des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes sollte Österreich in der aktuellen Konjunkturlage zumindest eine jährliche Verbesserung seines strukturellen Budgetsaldos im Ausmaß von 0,5% des BIP anstreben.

Auch eine weitere Senkung der Staats- und Abgabenquoten bleibt für Österreichs internationale Wettbewerbsfähigkeit wichtig.

Eine Orientierung an strikter Ausgabendisziplin wie auch der Beitrag der Länder und Gemeinden zur Erfüllung des österreichischen Stabilitätspakts ist unbedingt notwendig. Auch sollte die im Regierungsprogramm vorgesehene Steuerreform nur bei vollständiger Gegenfinanzierung umgesetzt werden.

Im Hinblick auf die **Lissabon-Strategie** der EU attestieren erste Fortschrittsberichte durch die Europäische Kommission u.a. auch Österreich, dass in den einzelnen Strukturfeldern viele konkrete Reformen bereits umgesetzt wurden oder sich in Umsetzung befinden. Fortschritte im Forschungsbereich, bei der Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben sowie Reformen beim Arbeitsmarkt haben positive Effekte gezeigt.

In Österreich hat in den letzten Jahren eine Reihe von Reformpaketen die Wirtschaft zweifellos flexibler gemacht. Die beiden zentralen Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik, und dies gilt nicht nur für Österreich, sondern die gesamte EU, nämlich die fortschreitende internationale Integration und die Alterung unserer Gesellschaften, erlauben aber keinen Reformstillstand. Im Rahmen der Lissabon-Agenda müssen Struktur- und Standortpolitik weiterentwickelt werden.

Die Mitgliedschaften in der EU und Währungsunion haben beträchtliche Wohlfahrtsgewinne für Österreich generiert. Österreich präsentiert sich heute als hervorragender internationaler Wirtschafts- und Finanzplatz, die Außenwirtschaftsbeziehungen gestalten sich insbesondere seit diesen historischen Integrationsschritten sehr dynamisch.

Österreichs Wirtschaft wuchs im Durchschnitt seit dem EU-Beitritt um 2,3% p.a. und seit Beginn der Währungsunion um 2,1% p.a.. Die ersten elf Jahre der EU-Mitgliedschaft waren mit einer durchschnittlichen jährlichen HVPI-Inflationsrate von 1,6% eine Ära der Preisstabilität. Seit der Einführung des Euro im Jahr 1999 war die Teuerung mit jährlich durchschnittlich 1,7% - trotz wiederholter Angebotsschocks (Erdöl, Nahrungsmittelsektor) - ebenfalls sehr niedrig.

Ich darf abschließend noch auf einige ausgewählte **Aktivitäten der OeNB** im Jahr 2006 eingehen, die insgesamt von einer organisatorischen Weiterentwicklung der OeNB und einer modernen, effizienten und kostenbewussten Zentralbank mit hoher Kundenorientierung geprägt waren (*Grafik 19*).

- Die OeNB hat wesentlich zur Lösung der beiden singulären Bankenprobleme BAWAG P.S.K. und Hypo Alpe Adria International AG und zur Aufrechterhaltung von Finanzsystemstabilität in Österreich beigetragen.
- Mit 1. 1. 2007 trat in Österreich die BWG-Novelle zur Basel-II-Umsetzung in Kraft. Österreich war einer der ersten EU-Mitgliedstaaten, der die rechtliche Umsetzung der Basel II-Bestimmungen in nationales Recht abgeschlossen hatte, was für alle Akteure frühzeitig Rechtssicherheit gewährleistete.

In Kooperation von OeNB, dem BMF, der FMA und der Kreditwirtschaft wurden die nötigen rechtlichen Regelungen erarbeitet.

Darüber hinaus hatte die OeNB bereits frühzeitig und über mehrere Jahre hinweg eine Informationskampagne zu Basel II lanciert. Im Jahr 2006 wurden das Informationsangebot um branchenspezifische Produkte erweitert und letzte Implementierungsschritte für Basel II vorgenommen.

- Bei der Realisierung von SEPA ab 1.1. 2008 spielt die OeNB nicht nur für den österreichischen Finanzplatz, sondern auch darüber hinaus bereits seit mehreren Jahren eine bedeutende operative Rolle. Im Jahr 2006 wurden Vorbereitungsarbeiten für die diesbezüglichen rechtlichen Richtlinien forciert.
- Seit 2006 erfolgt die neue Erhebung der Zahlungsbilanzstatistik durch die OeNB in enger Kooperation mit Statistik Austria. Vor wenigen Wochen wurden die Jahresergebnisse 2006 publiziert, eine Rückrechnung bis 1995 wird bis Herbst dieses Jahres vorbereitet. Im Jahr 2006 wurde auch die Neukonzeption der Aufsichtsstatistik in Richtung eines risikoorientierten Meldewesens vorgenommen.
- Die Lieferung der Euro-Erstausrüstung an Slowenien im Ausmaß von 94,5 Millionen Banknoten im Gegenwert von 2,2 Mrd EUR erfolgte im Auftrag des Eurosystems über die OeNB.
- Die OeNB hat „Fünf Jahre Euro-Bargeld“ in ihrer Reihe „Geldpolitik & Wirtschaft“ (Ausgabe Q 1/07) aus verschiedenen, für die Bevölkerung, Wirtschaft und Politik interessanten Blickwinkeln analysiert. Dabei zeigte sich, dass 62% der Österreicher von den Vorteilen des Euro überzeugt sind. Eine niedrige Inflationsrate ist für 94% der österreichischen Bevölkerung wichtig.
- Vom 18. Oktober bis zum 14. November 2006 verliefen die von der OeNB und der EZB gemeinsam organisierten Europa-Kulturtag mit Themenschwerpunkt „Österreich“ sehr erfolgreich.

Die Oesterreichische Nationalbank wird auch künftig ihren intensiven Dialog mit der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Politik weiterführen und ihre Expertise in Form vielfältiger Dienstleistungen effizient einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Ich möchte abschließend allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, meinen Kollegen im Direktorium, den Mitgliedern des Betriebsrats, dem Präsidium sowie allen Mitgliedern des Generalrats sehr herzlich für ihr hohes Engagement danken, welches sich in den Leistungen unseres Hauses und im nach wie vor sehr hohen Vertrauen der Öffentlichkeit in die OeNB widerspiegelt (*Grafik 20*).

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und darf nun um Ihre Fragen bitten.